Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Ausfall von Lieferungen irgendwelcher Art, wie es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, bei der Lieferung der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Illustrierte Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Fortschritt, Volk und Welt" monatlich 1.96 M., wöchentlich 45 Pf. Illustrierte Kulturbeilage „Volk u. Zeit" monatlich 1.05 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 13. Fernsprecher Nr. 25 231. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 13. Fernsprecher Nr. 25 231 und 25 232. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 220 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Vereinsanzeigen 4/5 Preis Rabatt. Für Vorausbestellungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

8 | Dresden, Sonnabend, den 10. Januar 1931 | 42. Jahrgang

...ker, Nazis und KPD.

Einheitsfront zum Niederschreien Brünings

Breslau, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.) ...er Reichskanzler und seine Begleiter wurden ...ar auf ihrer Fahrt durch das oberschle... Industriegebiet von kommunistischen und ...sozialistischen Demonstranten wiederholt angepöbelt. ...Oppeln wurden die Vertreter der Reichsregierung ...m Bahnhof mit Niederrufen empfangen. In Beu... ...eante den Autos der Regierungsvertreter nur mit ...s Gummiknüppels der Polizei freie Bahn geschaffen. ...Einzelne Wagen wurden mit Steinen beworfen. ...eiten eines Autos, in dem sich jedoch keiner der Mini... ...nd, wurden zertrümmert. Zu Demonstrationen kam ...er in Gleiwitz, wo vor allem Eisenbahner gegen ...der Reichsbahn eingeführte System der Feierschichten ...rierten. In Rosenberg demonstrierten die Na... ...ialisten, wobei es zu heftigen Beschimpfungen des ...s und der Regierung kam. Das Gros der Demon... ...wurde von Landarbeitern gestellt, die von den ...rundbesitzern befehlsmäßig und auf deren ...nach Rosenberg transportiert worden waren.

Das ist Junkerfrechheit!

Berlin, 10. Januar. (Eigener Funk.) Ein Teil ...iner Presse weist heute darauf hin, daß die Land... ...ter, die am Freitag abend in Rosenberg gegen ...ichskanzler und seine Begleiter demonstrierten, zum ...Teil von jenen Großgrundbesitzern delegiert ...„die kurz vorher im Landratsamt dem Kanzler ihre ...geschildert und Hilfe von ihm verlangt hätten". Als ...rschaften die Zusage der Hilfe hatten, bedankten sie ...den Vertretern der Reichsregierung, indem sie Brü... ...d seine Begleiter in der maßlosesten Weise beschimpften.

•

...lichen Sein oder Nichtsein geschwebt!

...D Ratibor, 10. Januar. (Eig. Funkspruch.) Der Reichs... ...er und seine Begleitung weilten am Freitag abend in ...or, wo Dr. Brüning eine längere Rede hielt. Der ...anzler führte u. a. aus, daß die deutschen Parteien aus der ...Agitation herauskommen und mehr Verantwortungsgefühl ...müßten. Dann werde es gelingen, ganz weittragende ...nen für den deutschen Osten schon bald zu treffen. Die ...nnung in der Bevölkerung, hervorgerufen durch eine ge... ...le Agitation, habe dazu geführt, daß Staat und Wirtschaft ...n Herbst und Winter monatelang zwischen Sein und Nicht... ...schwebt hätten. Bisher habe das verschwiegen werden ..., aber jetzt müsse man es aussprechen, um eine Einkehr bei ...Parteien herbeizuführen. Die Reichsregierung sei sich klar ..., daß die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kultu... ...Art des deutschen Ostens das Bollwerk sein werde und sein ..., das die Reichsregierung gebrauche, um überhaupt eine ..., die Deutschland vorwärts führen könne, zu machen.

So geht es nicht!

Das nationalistische Revisionsgeschrei und seine Folgen

Seit dem großen Kriegszusammenbruch hat das deutsche Bürgertum auf außenpolitischem Gebiet nur einen leitenden Kopf hervorgebracht. Das war Stresemann. Seit seinem Tode pendeln die Bürgerlichen außenpolitisch wieder im luftleeren Raum umher. Curtius versuchte zwar, Stresemanns Linie der Verständigung fortzuführen, aber der 14. September hat ihm die Hand verdorben. Seitdem merken wir wenig von einer außenpolitischen Leitung, und Stresemanns Partei macht das Revisionsgeschrei mit, das seit dem Wahltag in Deutschland Trumph wurde.

Wer sich damit auseinandersetzen will, kommt nicht um die allmählich für jeden Deutschen zur Selbstverständlichkeit gewordene Versicherung herum, daß keine deutsche Partei daran denkt, im Young-Plan etwa die letzte Lösung der Kriegsentschädigungsfrage zu sehen. Es gibt niemand unter uns, der nicht sehnlichst eine baldige weitere Herabsetzung der deutschen Zahlungen und Revision des Versailler Vertrages wünschte. Aber bei Erörterung der deutschen Zahlungsschwierigkeiten dreht sich's weniger um das, was wir wünschen und was uns möglich oder gerecht erscheint, sondern um die Frage, wie wir Erleichterungen erzielen können. Das Revisionsgeschrei jedenfalls hat sehr rasch Pleite gemacht. Wir zitierten kürzlich die englische Times, die in einem Leitartikel sich scharf gegen die deutschen Versuche wandte, schon wieder eine „voreilige Flucht in die Nichterfüllung des Young-Planes" anzutreten. Sie drückt damit nicht nur das Empfinden breiter englischer Volkskreise, sondern vor allem der leitenden Schichten aus. Die volksparteilich orientierte Deutsche Allgemeine Zeitung, die sich selbstverständlich auch dem Revisionsgeschrei ergeben hat, setzt sich mit der Times auseinander und sagt:

> Wenn einflußreiche englische Stellen die Dinge weiterhin so darstellen sollten, wie wenn Deutschland nur so tue, als ob es unter einer Reparationskrise litte, dann könnte es eines Tages, wenn plötzliche Katastrophen drohen, ein böses Erwachen nicht nur auf dem europäischen Festlande, sondern auch in England geben.

Wenn Deutschland durch Drohungen von den Reparationslasten befreit werden könnte, so müßten wir ihrer längst ledig sein. Aber was im bürgerlichen Lager Deutschlands sogenannte auswärtige Politik macht, zeichnet sich seit jeher aus durch eine besondere Unfähigkeit, das Denken, Empfinden und Temperament anderer Völker zu verstehen, sonst hätten wir nie in den Weltkrieg hineinschlittern können. Kaum vier Monate nach der letzten Reichstagswahl ist bereits der Tag gekommen, wo die sehr negativen Ergebnisse des Revisionsgeschreis zutage liegen. Aus Washington, London und Paris erfolgten schroffe, deutliche Absagen. In der Washington Post, in der Times, im Tempo, drei Regierungsorganen, wurde mit aller Deutlichkeit abgewinkt. Denn es war von vornherein naiv, sich und andere in Revisionsglauben zu wiegen. Amerika zählt 7½ Millionen und England 3¼ Millionen Arbeitslose. Gerade in diesem Augenblick sollen diese Länder — von Frankreich abgesehen — bereit sein, Deutschland etwas zu schenken? Die gegenwärtige deutsche nationalistische Welle hat in Amerika Unwillen, in England kühle Ablehnung und in Frankreich Verwirrung und verstärkten Widerstandswillen erzeugt.

War nicht die Rheinlandräumung seinerzeit von bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern im Ausland als ein Mittel gefordert worden, das deutsche Volk zu beruhigen und die europäische Atmosphäre zu entgiften? Die Räumung des besetzten Gebietes kam, die fremden Besatzungstruppen marschierten ab — und am 14. September wurden 107 Nazis gewählt, mit denen jetzt bürgerliche Parteien in nationalistische Konkurrenz zu treten suchen.

Von Frankreich und England aus gesehen, muß das so erscheinen, als ob jede Erleichterung, die Deutschland gewährt wird, in diesem merkwürdigen Lande gleichzeitig verstärkte nationale Agitation erzeugt. Briand, der die französische Kammer für die Räumung der Rheinlande umstimmte, hat heute in Frankreich einen schweren Stand. Er hat nach Ansicht der dortigen nationalistischen Blätter „gelogen". Seine Argumente, seine Rechnung waren falsch. Falsche Rechnungen aber kann sich ein Politiker nicht oft gestatten. Und so ist es gerade der Verständigungspolitiker Briand, der heute deutschen Revisionsforderungen sehr kühl gegenübersteht. Womit wieder einmal eines bewiesen wurde: Es ist Unsinn, zu glauben, die Welt stehe uns um so freundlicher, um so nachgiebiger gegenüber, je nationalistischer das deutsche Volk erscheint!

Wenn die auswärtige Politik nicht noch mehr als die übrige eine Angelegenheit für Geheimkabinette und Geheimkonferenzen wäre, wenn sich die Verhandlungen zwischen Völkern und Staatsmännern in der Oeffentlichkeit vollzögen, wenn wir erfahren könnten, welche amtlichen Mitteilungen die deutschen Botschafter der verschiedenen Länder in der letzten Zeit nach Berlin geben ließen, so würde sich zeigen, daß die Berichte für unsere Revisionsforderungen vernichtend lauteten. Die deutsche Außenpolitik bewegt sich wieder einmal im Reich der Träume und Schäume, nicht im Reich der Wirklichkeit. Gewiß, Deutschland braucht dringend Zahlungserleichterungen, aber mit der geballten Faust, mit Drohungen, mit Anlehnung an Italien oder Spekulationen auf den italienisch-französischen Gegensatz ist es nicht zu machen.

Alle Erleichterungen, die wir bisher erzielten, kamen auf dem Wege ruhiger, stetiger Verhandlungen. Curtius aber steht hilflos in der nationalen Kinderstube, schaut über die tollgewordene Zucht und vergräbt die Hände in den Taschen.

R. G.

Bauern gegen Schiele

...n einer Entschließung wendet sich, so wird aus Han... ...gemeldet, die hannoversche Bauernschaft gegen die bis... ...Agrar-, Zoll- und Handelspolitik der Re... ...Brüning, deren Hauptvertreter der Reichsernäh... ...inister Schiele ist. Es wird in der Entschließung ..., daß die Zoll- und Handelspolitik der Reichsregierung ...ig die Interessen des Großgrundbesitzes be... ...e. Die Rentabilität der bäuerlichen Betriebe und ihre ...renzfähigkeit gegenüber dem Ausland seien nur dadurch ...herzustellen, daß die Produktionskosten der gesun... ...n Kaufkraft der Verbraucher und den ...en der ausländischen landwirtschaft... ...n Produktion angepaßt würden. Dazu sei in ...Linie die Beseitigung des Systems der Verteuerung der ...höhe der Erzeugungskosten beeinflussenden Rohprodukte ...eine schrankenlose Zollpolitik erforderlich. — Bekanntlich ...auf dem Weltmarkt die Preise für landwirtschaftliche Er... ...isse im letzten Jahre sehr erheblich gesunken. Der Kern ...Schieleschen Agrarpolitik besteht aber darin, daß versucht ...durch Heraufschraubung der Zölle die Preise in Deutsch... ...hochzuhalten. Der deutsche Weizenzoll hat jetzt ...unerhörte Höhe von 25 M. pro Doppelzentner erreicht. ...In Deutschland sind die Getreidepreise etwa doppelt so ...wie auf dem Weltmarkt.

...Freilich konnte man es nicht darauf ankommen lassen, ...ch die Preissenkung auf dem Weltmarkt in vollem Um... ...auf die Preise in Deutschland überträgt. Das hätte ...Zusammenbruch großer Teile der Landwirt... ...bedeutet und dadurch waren unsre krisenhaften Zustände ...verschlimmert worden. Aber es geht nicht an, daß man ...nd die deutschen Getreidepreise künstlich so erheblich über ...Weltmarktshöhe hält. Die Folge ist nicht nur eine Verteuerung der Lebenshaltung für die breite Masse, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährdet. Auch die notwendige Umstellung der deutschen Landwirtschaft wird gehindert. Der Preissturz auf dem internationalen Getreidemarkt ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß in der Landwirtschaft große technische Fortschritte erzielt wurden. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß die Preise wieder auf ihre frühere Höhe steigen. Beinahe von allen Sachverständigen wird es als notwendig bezeichnet, daß sich unsre Landwirtschaft in höherem Maße auf die Erzeugung von landwirtschaftlichen Veredlungsprodukten, so z. B. von Butter und Eiern, umstellt.

Aber weil unsere Landwirte die dazu notwendigen Bodenerzeugnisse infolge der deutschen Zollpolitik so hoch bezahlen müssen, ist diese Umstellung sehr erschwert. Die deutsche Landwirtschaft hat einen außerordentlich schweren Stand beim Wettbewerb mit ihrer ausländischen Konkurrenz, der billigere Rohstoffe zur Verfügung stehen. Zum guten Teil deswegen sendet heute Deutschland Hunderte von Millionen für Erzeugnisse, wie Butter und Eier, nach dem Ausland, die im Inland hergestellt werden könnten, wenn nicht durch die Verteuerung des Getreides dem deutschen Landwirt die Produktion dieser Waren so erschwert wäre.

Selbstverständlich ist es auch ein schwerer Nachteil für die Landwirte, die derartige Produkte herstellen, daß durch die Verteuerung der Lebenshaltung die Kaufkraft der Massen eingeschränkt und dadurch auch die Möglichkeit für den Absatz landwirtschaftlicher Veredelungsprodukte verringert wird. Wenn der Proletarier sein Brot so teuer bezahlen muß, bleibt ihm nicht genug Geld übrig, um auch Butter und Eier zu kaufen, es reicht dann häufig höchstens für ein bißchen Margarine. ron.

Der nationalistische Pöbel

Die österreichische Bundesregierung verbietet verfassungswidrig den Remarque-Film

A. Wien, 9. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die österreichische Bundesregierung hat am Freitag über den Kopf der Landesregierungen hinweg den Remarque-Film verboten. In einer Verordnung im Bundesblatt werden die einzelnen Polizeidirektionen beauftragt, jeweils in ihrem Wirkungsbereich die Vorführung des Films zu untersagen. Die Bundesregierung begründet ihre Maßnahme mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Im Haushaltausschuß des Nationalrates brachten die Vertreter der Sozialdemokratie bereits am Freitag das Verbot des Films zur Sprache und legten vor allen Dingen dar, daß die Maßnahme der Regierung verfassungswidrig sei, da die österreichische Verfassung eine Zensur nicht kenne und der Verfassungsgerichtshof wiederholt entschieden habe, daß eine Filmzensur in Oesterreich nicht besteht. Auch gebe es keine Möglichkeit, die Zensur auf irgendeinem Umweg, wie unter dem Hinweis von Störungen der Ruhe und Ordnung, einzuführen. Die Regierung gab in Erwiderung auf die Ausführungen von sozialdemokratischer Seite zu, daß sich am Donnerstag anläßlich der Vorführung des Films wesentliche Ruhestörungen nicht mehr ereignet haben. Das sei jedoch hauptsächlich auf das Verbot der Vorführungen zurückzuführen. Die Regierung bleibe jedenfalls bei ihrer Anordnung.

Der tapfere Widerstand der Wiener Landesregierung (Bürgermeister Genosse Seitz) gegen den Nazi-Terror ist also von der Bundesregierung verfassungswidrig ausgeschaltet worden. Der nationalistische Straßenpöbel hat auch in Wien die Bundesregierung besiegt — genau so wie in Berlin die Reichsregierung. Friedensfreundliche Filme werden unterdrückt, nur Kriegshetzfilme sind erlaubt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310110/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG